Nr. 198 Morgen-Ausgabe
A 101

Berlin

Donnerstag, 28. April 1927
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Moskau ist eingeladen

Rußlands Teilnahme an der Weltwirtschafts-Konferenz

jb **Genf**, 27. April

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht heute nachmittag durch Anschlag im Pressezimmer des Völkerbundshauses eine Mitteilung, in der es eine Darstellung der Schlage, betreffend die Teilnahme Sowjetrußlands an der Weltwirtschaftskonferenz gibt. Das Sekretariat erwähnt die Einladung, die der Moskauer Regierung am 12. Dezember vorigen Jahres zugegangen ist, und die ablehnende Antwort, die von der Moskauer Regierung unter dem 19. Januar 1927 dem Sekretariat erteilt wurde und die seinerzeit veröffentlicht worden ist.

„Unter diesen Verhältnissen", so fährt die Veröffentlichung des Generalsekretariats wörtlich fort, „ist es jetzt an der Sozialistischen Sowjetrepublik, zu entscheiden, ob nach dem mit der Schweiz abgeschlossenen Abkommen noch ein Hindernis für die Ernennung russischer Delegierter zur Weltwirtschaftskonferenz besteht. **Die Lage des Völkerbundes ist klar. Die Einladung, die infolge eines einstimmigen Beschlusses des Völkerbundrats erlassen wurde, bleibt unverändert bestehen. Wenn die Delegierten der Sozialistischen Sowjetrepublik nach Genf kommen, so wird ihnen dort derselbe Empfang bereitet werden wie den Delegierten aller anderen Staaten."**

Ein Schweizer Urteil über Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 27. April

In einer Schlußbetrachtung über die gestern zu Ende gegangene Tagung der Abrüstungskommission sagt heute abend der Leitartikler des hiesigen „Journal de Genève", William Martin, daß sich aus der ersten Lesung des Konventionsentwurfes vor allem die Lehre ergebe, daß trotz der jahrelangen Reden über die Abrüstung in Wirklichkeit weder technisch noch moralisch irgendetwas für die Abrüstung vorbereitet sei. Die Mitarbeit des Grafen Bernstorff in der Kommission sei keineswegs unnütz gewesen. „Seine Reden," führte William Martin aus, „haben gezeigt, daß Deutschland aus dem Recht heraus, das ihm die Einleitung zum fünften Teil des Versailler Vertrages gibt, nicht genesen ist, dies Versprechen vergessen zu lassen. Dieser Vertrag hat Deutschland soviel Lasten auferlegt, daß man seine Absicht verstehen kann, die wenigen Rechte geltend zu machen, die er ihm gibt." Der Artikel spricht die Hoffnung aus, daß angesichts der Alternative, entweder die anderen Staaten Europas abrüsten oder Deutschland aufrüsten zu sehen, die zweite Lesung im November nach einer fünfmonatigen Ueberlegungspause zu einer wirklichen Abrüstungskonvention gelangen wird.

Moskauer Erregung über Tschiang

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Moskau**, 27. April

Die zahlreichen Meldungen über Annäherungsversuche zwischen Tschang Kai Tschek und Tschang Tso Lin, und die eingehenden Berichte der Mitglieder der Gewerkschaftsdelegation unter Lisowski über Massenverhaftungen und Verurteilungen von Kommunisten in Kanton werden von der Moskauer Presse mit steigender Erregung verfolgt, die ausführlich über den wachsenden weißen Terror Tschang Kai Tschecks berichtet und Nachrichten häuft über Schwierigkeiten und Mißerfolge, denen Tschiang Kai Tschek in den Partisanenkämpfen mit bewaffneten Bauernhorden begegnet.

Belgrad will verhandeln

Erklärungen des südslawischen Außenministers

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 27. April

Der Belgrader Spezialberichterstatter des „Petit Parisien" läßt seinem Blatte eine bedeutsame Unterredung mit dem südslawischen Außenminister über den südslawisch-italienischen Konflikt zugehen. Auf die Frage des Journalisten, ob bald Besprechungen zwischen Rom und Belgrad beginnen würden, antwortete der Minister, daß Südslawien dazu seit langer Zeit bereit sei. Wenn Verzögerungen eingetreten seien, so müsse man die Schuld dafür nicht in Südslawien suchen.

Im übrigen ist der Minister davon überzeugt, daß eine **direkte Aussprache günstige Resultate zeitigen würde.** Offiziell erklärte der Minister wörtlich: **„Genau genommen, sind Italien und Südslawien immer noch Freunde und Verbündete. Unter diesen Umständen wäre es bei beiderseitigem gutem Willen nicht so schwer, diesen immer noch formellen Bund in eine wirkliche Freundschaft zu verwandeln. Jedenfalls kann die gegenwärtige Lage nicht andauern.** Die strittigen Fragen müßten offen und loyal geprüft und in einem realistischen Geiste eine nach der anderen praktisch gelöst werden, ohne in die Diskussion Elemente der Eigenliebe und des Prestiges hineinzutragen. Berühmte Beispiele zeigen, daß, wenn zwei Völker mit ehrlichem Willen, sich zu verständigen, miteinander sprechen, sie immer zu einer Einigung gelangen."

Der Korrespondent ist der Ansicht, daß mit dieser Antwort der südslawische Außenminister den Grundbegriff der ganzen südslawischen Nation über die italienische Politik in Albanien wiedergab. Man ist nach Ansicht des Korrespondenten in ganz Südslawien der Ueberzeugung, daß irgendwelche wirtschaftlichen oder sonstigen Vorteile in Albanien nicht zu erzielen seien. In militärischer Hinsicht könne ebensowenig Albanien für Italien eine Basis abgeben, denn Südslawien umschließe Albanien von drei Seiten und die Grenze dieses Landes gegen Südslawien sei eine unüberschreitbare Mauer. Man nehme deshalb allgemein an, daß die in Albanien von Italien verfolgten Ziele nur Prestigegründe hätten. Italien möchte vor der Welt den Eindruck erwecken, daß es eine Macht ist, der nichts widersteht. Diesen Eindruck könne es am billigsten in Albanien hervorrufen.

Allgemein sei in Belgrad die Ansicht verbreitet, daß die Durchdringung Albaniens für Italien nicht nur ein Symbol der Kraft, sondern auch eine Belastungsprobe der Geduld der andern Nationen sei. Der Korrespondent fragte dann den Außenminister, ob die Nachrichten auf Wahrheit beruhen, nach welchen Südslawien den albanischen Konflikt nur den Völkerbund bringen werde. **„Der Völkerbund", antwortete der Minister, „ist in Südslawien sehr populär. Man schätzt ihn außerordentlich hoch ein. Aber gerade weil wir ihn so sehr bewundern, ziehen wir es vor, ihm diese Belastungsprobe zu ersparen."**

Neue Schelde-Verhandlungen?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

hü **Haag**, 27. April

Aus Brüssel wird gemeldet, daß der letzte belgische Ministerrat, ohne daß dies amtlich bekanntgegeben wurde, sich mit der Wiederaufnahme der belgisch-niederländischen Vertragsverhandlungen beschäftigt hat. Belgien ist zu diesen Verhandlungen bereit, wenn der erste Schritt dazu von Holland ausgehe. Holland müsse allerdings mit Vorschlägen kommen, von denen sicher sei, daß sie nicht nachträglich von den holländischen Parlamentskörperschaften verworfen werden.

Der holländische Außenminister gab heute nachmittag in der zweiten Kammer bei Beratung des Budgets des Auswärtigen Amtes eine Erklärung an die Adresse Belgiens ab, die darin gipfelte, daß Holland bereit sei, sich über die gemeinschaftlichen ökonomischen Interessen mit Belgien zu verständigen, und nicht in die Vergangenheit blicken, sondern nur auf die Zukunft und auf eine gute Nachbarschaft zu Belgien hinarbeiten wolle, da dieses im gesamteuropäischen Interesse liege.

Direkte Demokratie

Von

Dr. Werner Mahrholz

Es war ein Stück der von Hellpach in seinem Vortrag geforderten direkten Demokratie, das sich auf der zweiten Weimarer Tagung verfassungstreuer deutscher Hochschullehrer darbot: Träger des geistigen Lebens aus allen Teilen des Reiches waren ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, der Fachbindung, der Zünftigkeit zusammengetreten, um über zwei wichtige Fragen des öffentlichen Lebens, über den Parlamentarismus und über die Jugendbewegung, zu beraten. Als vor einem Jahr zum erstenmal Gelehrte wie Kahl, Meinecke, Nernst und Harnack ihren Ruf ins Land zur Sammlung derjenigen Professoren hinausgehen ließen, die sich der Pflicht des Dienstes am gegenwärtigen Staat nicht länger entziehen wollten, da wurden sie getrieben von einer tiefen Sorge über die Entfremdung der akademischen Schichten vom gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsleben. Ihr Ruf fand ein erfreulich starkes Echo und die Kundgebung für die Republik, welche den Abschluß der ersten Weimarer Tagung bot, hat während dieses Jahres in akademischen Kreisen dauernd nachgewirkt.

Nun wiederholte man die Tagung und suchte dabei, über das rein Bekennerische hinaus, ihr einen sachlichen Sinn zu geben. Man knüpfte die Erörterungen an die vielfach verbreiteten Ressentiments gegen das parlamentarische System an, und man suchte durch gedantliche Arbeit zu scharfer Formulierung der Mängel dieses Systems und seines Funktionierens in Deutschland zu kommen, um so aus der Sphäre des bloßen Gefühls herauszukommen und vorzustoßen in die Sphäre des Gedankens. Das Symposhsische an dieser sachlich scharfen, formal sehr zurückhaltenden Kritik bestehender Zustände war, daß im Unterton, gleichsam als atmosphärische Selbstverständlichkeit, immer mitschwang: die parlamentarisch regierte Republik ist eine Schicksalsnotwendigkeit unserer geschichtlichen Entwicklung; es ist töricht und wenig vaterländisch gedacht, sich dem entgegensetzen zu wollen; darüber hinaus aber ist die Republik, ist der Parlamentarismus eine der Möglichkeiten zur Verwirklichung einer deutschen Demokratie. So war es liebende Sorge, nicht gehässiger Ungeist, die aus mancher kritischen Bemerkung sprach: die Hochachtung vor dem Verfassungswerk von Weimar zog sich durch alle Reden und Debatten hindurch, und kein Mißton von irgendeiner Seite her wurde störend laut.

Den in Weimar versammelten Professoren war es leidenschaftlich ernst mit ihrem Willen zur Mitarbeit am bestehenden Staat. In der unter Gelehrten üblichen Form der kritischen Durchdenkung von Problemen suchten sie diesen Willen zur Mitarbeit zu bekunden. Es war zeitweilig ein außerordentlicher geistiger Genuß, Staatsphilosophen und Staatsrechtler von erstem Range über Einzelheiten der Weimarer Verfassung und ihrer Abänderung debattieren zu hören. Dabei ist zu beachten, daß im ganzen Hugo Preuß' Verfassungswerk die höchsten Ehren der Zustimmung fand. Selbst geringe Aenderungen des Wortlautes wurden von manchem Debattierenden nur zögernd formuliert.

Man kann vielleicht bedauern, daß das Bekenntnis zur Republik sich während der Verhandlungen ein wenig stark in das Gewand wissenschaftlicher Kritik hüllte. Doch hat die am Schlusse gefaßte Resolution diesen Eindruck durchaus wieder gut gemacht, in der die einmütige Auffassung der Versammlung, daß „der Neubau unseres Staatswesens nur auf dem Boden der Demokratie und der Repräsentativ-Verfassung aufgeführt werden könne", so sehr klaren Ausdruck kam. Diese neue Erklärung wird ihre Werbekraft in den akademischen Kreisen sicherlich ebenso haben wie die erste Kundgebung der verfassungstreuen Professoren im vorigen Jahre. Schon aus dem rein zahlenmäßigen Anwachsen der Bewegung läßt sich erkennen, daß die Einberufer der ersten Tagung einen richtigen politischen Instinkt bewiesen haben: die Zahl der Anwesenden hatte sich gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt, die Zahl derer, die zustimmend geschrieben hatten, mehr als verzehnfacht.

Wir sagten einleitend, daß ein Stück direkten Demokratie sich in dieser Tagung verwirklicht habe. In der Tat: die Professoren in Weimar haben nicht nur vor dem engen Kreis der zufällig Versammelten gesprochen. Ihr Wort wirkt hinaus in die ganze akademische Oeffentlichkeit und ihr Bekenntnis zur Weimarer Verfassung zeigt auch den nichtakademischen Kreisen etwas von dem Umwandlungs- und Genesungsprozeß, der auf unseren Hochschulen nach so viel peinlichen und widerwärtigen Verzerrungen der letzten Jahre, langsam zwar, aber doch merkbar, eingesetzt hat.

Dieser Gesundheitsprozeß geht zunächst einmal aus von einer Selbstbesinnung der Professoren auf ihre Doppelaufgabe: zu forschen und zu lehren. Es waren nicht nur Forscher, die sich in Weimar versammelten, es waren vor allem auch akademische Lehrer, die ein deutliches Gefühl von der Verantwortung gegenüber den ihnen anvertrauten